

Der Landtag von Niederösterreich hat am 13. Dezember 2012
beschlossen:

**Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976
(3. GVBG-Novelle 2012)**

Artikel I

Das NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976, LGBl. 2420, wird wie folgt geändert:

1. Im § 4 Abs. 1 wird nach dem Wort „Können“ folgende Wortfolge eingefügt:
„und mit vollster Unparteilichkeit“.

2. § 4 Abs. 5 und 6 lauten:

„(5) Dem Vertragsbediensteten ist es für die Dauer von sechs Monaten nach
Beendigung des Dienstverhältnisses untersagt, für einen Rechtsträger,

1. der nicht der Kontrolle des Rechnungshofes, eines Landesrechnungshofes
oder einer vergleichbaren internationalen oder ausländischen
Kontrolleinrichtung unterliegt, und

2. auf dessen Rechtsposition seine dienstlichen Entscheidungen im Zeitraum von
zwölf Monaten vor der Auflösung des Dienstverhältnisses Einfluss hatten,
tätig zu werden, wenn die Ausübung dieser Tätigkeit geeignet ist, das Vertrauen der
Allgemeinheit in die sachliche Wahrnehmung seiner vormals dienstlichen Aufgaben zu
beeinträchtigen. Für den Fall des Zuwiderhandelns hat der Vertragsbedienstete der
Gemeinde den dadurch erlittenen Schaden pauschal in der Höhe des Dreifachen des
für den letzten Monat des Dienstverhältnisses gebührenden Dienstbezuges zu
ersetzen. Der Anspruch auf Erfüllung oder auf Ersatz eines weiteren Schadens ist
ausgeschlossen.

(6) Abs. 5 ist nicht anzuwenden, wenn

1. dadurch das Fortkommen des Vertragsbediensteten unbillig erschwert wird,
2. der für den letzten Monat des Dienstverhältnisses gebührende Monatsbezug
das Siebzehnfache der täglichen Höchstbeitragsgrundlage nach § 45 ASVG
nicht übersteigt oder

3. der Dienstgeber durch schuldhaftes Verhalten dem Vertragsbediensteten begründeten Anlass zur vorzeitigen Auflösung oder zur Kündigung des Dienstverhältnisses gegeben hat oder
4. der Dienstgeber das Dienstverhältnis beendet, sofern keiner der in den §§ 37 Abs. 2 lit. a, c, d, f oder 39 Abs. 2 aufgezählten Gründe vorliegt oder
5. ein auf bestimmte Zeit eingegangenes Dienstverhältnis mit Ablauf der Zeit, für die es eingegangen wurde, oder mit dem Abschluss der Arbeit, auf die es abgestellt war, endet.“

3. Im § 4 entfallen die Abs. 7 und 8.

4. Im § 4b Abs. 7 wird die Wortfolge „letzter Satz“ durch die Wortfolge „dritter Satz“ ersetzt.

5. § 4h Abs. 2 lautet:

„(2) Für Vertragsbedienstete, die in Betrieben im Sinne des Art. 21 Abs. 2 B-VG beschäftigt sind gelten die §§ 4a Abs. 1 bis 3 und § 4c bis 4f und 4g Abs. 1 und 2 nicht.“

6. Nach dem § 6b wird folgender § 6c eingefügt:

„§ 6c

Dienstweg, Anzeigepflicht, Schutz vor Benachteiligung

(1) Die Vertragsbediensteten haben Ansuchen und Beschwerden betreffend das Dienstverhältnis im Dienstwege einzubringen. Der Dienststellenleiter ist verpflichtet, alle Anbringen unverzüglich an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

(2) Der Vertragsbedienstete hat alle für das Dienstverhältnis bedeutsamen Umstände innerhalb eines Monats anzuzeigen. Der Anzeigepflicht unterliegen insbesondere der Wechsel der Wohnung, die Änderung des Familienstandes, jede Veränderung seiner Staatsbürgerschaft oder Staatsangehörigkeit, der Nachweis der Begünstigung nach § 14 Abs. 1 oder 2 des Behinderteneinstellungsgesetzes sowie alle Tatsachen, die für den Anfall, die Änderung oder die Einstellung der Kinderzulage erheblich sind.

(3) Wird dem Vertragsbediensteten in Ausübung seines Dienstes der begründete Verdacht einer von Amts wegen zu verfolgenden gerichtlich strafbaren Handlung bekannt, die den Wirkungsbereich der Dienststelle betrifft, der er angehört, so hat er dies unverzüglich dem Dienststellenleiter zu melden.

(4) Keine Pflicht zur Meldung nach Abs. 3 besteht, wenn die Meldung eine amtliche Tätigkeit beeinträchtigen würde, deren Wirksamkeit eines persönlichen Vertrauensverhältnisses bedarf.

(5) Der Dienststellenleiter kann abweichend vom Abs. 4 eine Meldepflicht aus Gründen verfügen, die

1. in der Person, auf die sich die amtliche Tätigkeit bezieht, oder
2. in der amtlichen Tätigkeit selbst

liegen.

(6) Ein Vertragsbediensteter, der gemäß Abs. 3 im guten Glauben den begründeten Verdacht einer in § 4 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Einrichtung und Organisation des Bundesamts zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung genannten strafbaren Handlung meldet, darf durch den Dienstgeber als Reaktion auf eine solche Meldung nicht benachteiligt werden.“

7. Im § 14 wird das Zitat „4“ durch das Zitat „6c Abs. 2“ ersetzt.

8. Im § 46d Abs. 3 Z. 6 wird nach dem Wort „Bühnenreifepfung“ die Wortfolge „für Tanz oder Musical“ eingefügt und entfällt die Wortfolge „nach Absolvierung der Bundestheaterballettschule“.

9. Dem § 53 wird folgende Z. 12 angefügt:

- „12. Richtlinie 2011/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates zur Erweiterung ihres Anwendungsbereichs auf Personen, die internationalen Schutz genießen, ABI.Nr. L 132 vom 19. Mai 2011, S. 1.“

10. Im § 54 erhalten die bisherigen Z. 7 bis 18 die Bezeichnung Z. 8 bis 19. Folgende Z. 7 (neu) wird eingefügt:

„7. Bundesgesetz über die Einrichtung und Organisation des Bundesamts zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung, BGBl. I Nr. 72/2009 i.d.F. BGBl. I Nr. 13/2012“

Artikel II

Artikel I Z. 1 bis 7, 9 und 10 treten mit 1. Jänner 2013 in Kraft.